

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XIII
I. Einführung	1
A. Die regionale und kommunale Ebene als zentraler Baustein des europäischen Sozial- und Gesellschaftsmodells und Kern nationaler Identität	1
1. Zentralisierungstendenzen und Gegengewichte	1
2. Regionen und Kommunen als Ausdruck der nationalen Identität und als Element der europäischen Zuständigkeits- verteilung	3
3. Regionen und Kommunen als Träger der Daseinsvorsorge ..	6
4. Formell-organisatorische Regeln zur Förderung der Funktionsfähigkeit und Effektivität der Aufgaben- besorgung durch Kommunen und Regionen	7
5. Ergebnis	8
B. Untersuchungsgegenstand und Forschungsfrage: Einwirkun- gen der Grundfreiheiten und des Wettbewerbsrechts auf zentrale Aufgabenfelder von Kommunen und Regionen	9
II. Detailanalysen nach Politikbereichen	11
A. Daseinsvorsorgepolitik	11
1. Untersuchungsgegenstand	11
2. Verfassungs- und verwaltungsrechtliche Vorgaben	16
a. Kompetenzielle Grundlagen	17
i. Die Ermächtigung zu privatrechtsförmigem Handeln	17
ii. Geltung des Art 118 Abs 2 B-VG auch für die Privat- wirtschaftsverwaltung?	18
b. Interkommunale Zusammenarbeit	19
c. Rechnungs- und Gebarungskontrolle	22
i. Gebarungskontrolle durch die Gemeindeaufsichts- behörde	22
ii. Gebarungskontrolle durch den Rechnungshof	23

d.	Verfassungsgesetzlich gewährleistete Rechte	24
i.	Keine grundrechtliche Verpflichtung zur Erbringung von Daseinsvorsorgeleistungen, jedoch Fiskalgeltung der Grundrechte	24
ii.	Unionsrechtliche Verpflichtung zur Erbringung von Daseinsvorsorgeleistungen?	26
e.	Die Gemeinde als Trägerin wirtschaftlicher Unternehmungen	27
i.	Der Regiebetrieb	27
ii.	Der Eigenbetrieb	27
iii.	Ausgliederte Rechtsträger	28
3.	Unionsrechtliche Vorgaben	29
a.	Der Unternehmensbegriff	29
i.	Funktionelle Bestimmung	29
ii.	Grenzen des Unternehmensbegriffs	31
b.	Dienstleistungs- und Niederlassungsfreiheit	34
c.	Art 106 Abs 2 AEUV	34
d.	Der beihilferechtliche Rahmen	39
i.	Beihilferechtliche Besonderheit der Daseinsvorsorge	39
ii.	Die <i>Altmark</i> -Entscheidung des EuGH	40
iii.	Die Entwicklung eines sekundärrechtlichen Beihilferegimes für DAWI	41
e.	Der vergaberechtliche Rahmen	56
i.	Problemstellung	56
ii.	Gemeinden und Einrichtungen öffentlichen Rechts als Auftraggeber	57
iii.	Der hier interessierende sachliche Anwendungsbereich: Dienstleistungsaufträge und Dienstleistungskonzessionen	59
iv.	Die Inhouse-Vergabe als Ausnahme vom Anwendungsbereich des BVergG 2006	66
v.	Die Ausgestaltung des kommunalen Handlungsspielraums durch die (weiterentwickelten) <i>Teckal</i> -Kriterien	67
vi.	Institutionalisierte interkommunale Zusammenarbeit	70
vii.	Nichtinstitutionalisierte kommunale Zusammenarbeit	71
4.	Ergebnis und Kritik	72
B.	Verkehrspolitik	81
1.	Untersuchungsgegenstand	81
2.	Das europäische Liberalisierungskonzept und der Kampf insb der Gemeinden um einen adäquaten Rechtsrahmen	83

3. Die österreichische Rechtslage – unnötige Beschränkung des Handlungsspielraums der Städte und Gemeinden aufgrund von Rechtsunsicherheiten	87
a. Allgemeines	87
b. Beispiele für rechtliche Unsicherheiten	88
i. Der (zu) langsame Abschied von den gemeinwirtschaftlichen Verkehren	88
ii. Die unscharfe Definition der (kommunalen) Aufgabenträgerschaft	90
iii. Der lange – rechtsunsichere – Weg zur Linienbündelung	92
4. Zu den Handlungsspielräumen der Gemeinden	95
a. Vergaberecht	95
i. Der öffentliche Dienstleistungsauftrag als Dreh- und Angelpunkt	95
ii. Der vergaberechtliche Rahmen im Zusammenspiel von verkehrsspezifischem und allgemeinem Vergaberecht	97
iii. Der spezifische Handlungsspielraum der Gemeinden auf dem Boden der Vergabe an einen „internen Betreiber“ und der Inhouse-Vergabe	100
b. Beihilferecht	104
5. Ergebnis und Kritik	106
C. Sozial- und Gesundheitspolitik	109
1. Untersuchungsgegenstand	109
a. Begriff der kommunalen Sozial- und Gesundheitspolitik	109
b. Im Besonderen: Die Bedeutung der Gemeinden in der Sozial- und Gesundheitspolitik	109
c. Eingrenzung	110
2. Verfassungs- und verwaltungsrechtliche Vorgaben	111
3. Unionsrechtliche Vorgaben	113
a. Kompetenzen	113
b. Sozial- und Gesundheitsdienstleistungen von allgemeinem Interesse	114
c. Sozialer Wohnbau	116
i. Beihilferechtliche Problemstellung	116
ii. Der Standpunkt der Kommission im Einzelnen	119
iii. Unionsverfassungsrechtliche Überlegungen	121
iv. Weitere Problemlagen	124
d. Rettungsdienste	126
i. Ein Markt im Umbruch	126

ii.	Vergaberechtliche Anforderungen nach den derzeit geltenden VergabeRL und dem Vergabeprimärrecht . .	127
iii.	Vergaberechtliche Anforderungen nach der Vergaberechtsnovelle 2014	129
e.	Krankenhausfinanzierung.	132
i.	Krankenhäuser als Unternehmen iSd Beihilferechts . .	132
ii.	Grenzüberschreitendes Element	134
iii.	Freistellungsbeschluss.	135
4.	Ergebnis und Kritik	136
D.	Umweltpolitik.	137
1.	Untersuchungsgegenstand.	137
a.	Begriff der kommunalen Umweltpolitik.	137
b.	Im Besonderen: Bedeutung der Gemeinden im Umweltschutz	137
2.	Verfassungs- und verwaltungsrechtliche Vorgaben	139
a.	Kompetenzielle Grundlagen.	139
i.	Überblick	139
ii.	Art 118 Abs 2 und 3 B-VG	140
iii.	Art 116 Abs 2 B-VG	143
b.	Materielles Umweltverfassungsrecht.	144
c.	Verwaltungsrechtliche Grundlagen	145
3.	Unionsrechtliche Vorgaben.	145
a.	Die Ökologisierung der Unionsverfassung.	145
i.	Die Entwicklung der Umweltpolitik in der Europäischen Union	145
ii.	Der derzeitige Stand der europäischen Umweltverfassung.	148
iii.	Der derzeitige Stand des europäischen Umweltsekundärrechts.	150
iv.	Auf dem Weg zur Umweltunion?	151
b.	Umweltförderungen: Der beihilferechtliche Rahmen	152
i.	Forschungsfrage.	152
ii.	Der primärrechtliche Rahmen	153
iii.	Die Reform der AGVO und der Umweltleitlinien	155
iv.	Bewertung	160
c.	Ökologische Beschaffung: Der vergaberechtliche Rahmen.	160
i.	Forschungsfrage.	160
ii.	Der bisherige Rechtsrahmen für ökologische Auftragsvergaben, insb im Hinblick auf „vergabefremde Kriterien“	161

iii. Fortentwicklung des Regimes für „vergabefremde Kriterien“ durch die VergabeRL 2014	166
iv. Bewertung	169
4. Ergebnis und Kritik	170
E. Kommunale Abgabepolitik	171
1. Untersuchungsgegenstand	171
2. Verfassungs- und verwaltungsrechtliche Vorgaben	171
3. Unionsrechtliche Vorgaben	174
a. Allgemeines	174
b. Primärrechtliche Vorgaben	175
i. Grundfreiheiten	175
ii. Beihilfeverbot	178
iii. Bewertung	184
c. Sekundärrechtliche Vorgaben	185
i. Überblick	185
ii. MwSt-SystRL	185
iii. Verbrauchsteuer-SystRL	186
iv. Abfall-RL und Abfalldeponien-RL	187
v. WasserrahmenRL	189
4. Ergebnis und Kritik	191
III. Schluss	193
A. Rekommunalisierung als Zukunftsoption in der Daseinsvorsorge?	193
1. Kommunalisierung des Unionsrechts – Rekommunalisierung ehemals privatisierter Unternehmen	193
2. Begriff der Rekommunalisierung	193
3. Zielrichtung	194
4. Chancen und Risiken sind vom Einzelfall abhängig	195
B. Zusammenfassende Thesen	198
Literaturverzeichnis	203
Stichwortverzeichnis	219